

Jung. Grün. Kommunal.

Kommunalpolitischer Aufschlag junger Grüner in NRW | August 2008

Mit der Kommunalwahl 2009 steht eine wichtige Richtungsentscheidung in NRW an: Finden wir Wege hin zu ökologisch-sozialen Städten und Regionen oder bleiben wir im Mief des letzten Jahrtausends sitzen? Dabei kommt es nicht nur auf unsere grünen „Hochburgen“ an, sondern gerade auch auf die Städte und Gemeinden im ländlichen Raum, in denen wir in den letzten Jahren auch immer mehr zulegen konnten. Wir Grüne bringen den **frischen Wind in die Rathäuser Nordrhein-Westfalens** – für eine sozial-ökologisch zukunftsgerichtete Politik. Dies ist die Aufgabe, der wir uns stellen und für die wir aktiv eintreten werden.

Zahlreiche aktive junge Grüne engagieren sich in Nordrhein-Westfalen kommunalpolitisch, beispielsweise als Ratsmitglieder oder sachkundige BürgerInnen. Die Themen, die uns bewegen, sind vielseitig und reichen vom lokalen Klimaschutz und einer ökologischen Verkehrspolitik hin zur Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche und natürlich zur Sozialen Kommune. Im Rahmen des „**Forum U35**“ der NRW-Grünen haben wir intensiv kommunalpolitische Themen und unsere Schwerpunkte für das Wahljahr 2009 diskutiert und erfolgreiche Projekte in NRW ausgetauscht.

Mit diesem Aufschlag wollen wir einen Beitrag aus junggrüner Sicht für die grüne kommunalpolitische Diskussion liefern.

Kommunaler Klimaschutz: Global denken – Lokal handeln!

Global denken – Lokal handeln! Dieser Leitsatz der 1992 in Rio de Janeiro beschlossenen Agenda-Strategie gilt für uns junge Grüne nach wie vor und ohne Einschränkung. **Auch deswegen lehnen wir vor Ort den Neubau von Kohlekraftwerken strikt ab.** Unsere ehrgeizigen Klimaschutzziele erreichen wir nur ohne die dreckige Kohle- und die teure und gefährliche Atomkraft. Wir setzen stattdessen auf einen massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Steigerung der Energieeffizienz und effektive Energieeinsparungen in unseren Städten.

Im Bereich der Erneuerbaren Energien bieten sich viele unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten an: Solarthermieanlagen in Freibädern, Biogasanlagen, in denen der ohnehin anfallende kommunale Grünschnitt zur Erzeugung genutzt wird, Geothermie oder Holzhackschnitzelanlagen zur reinen Wärmeerzeugung oder in Kraft-Wärme-Kopplung und natürlich die Photovoltaik, vorzugsweise auf Dächern. In **Nottuln** entsteht in diesem Oktober die **erste kommunale Photovoltaik-Freiflächenanlage in NRW**. Die bisherige Nutzung der Fläche (Schafsweide) kann weiter geführt werden. Die Anlage wird von der Kommune betrieben: Ohne Eigenkapital aber mit einer Rendite von 5% auf 20 Jahre. Ein großer Beitrag für den Klimaschutz und ein großer Beitrag für den kommunalen Haushalt. Der verbleibende politische Einfluss auf die kommunalen Stadtwerke muss genutzt werden, um Photovoltaik-Anlagen in ganz NRW nach vorne zu bringen!

Auch bei der Energieeinsparung muss eine Kommune Vorbild für die Bevölkerung und die Industrie sein. Ökologische Gebäudesanierungen, ein kommunales Energiemanagement sowie eine Energieleitlinie, die Standards festlegt, sind dafür gute Instrumente. Zusätzlich

muss es bei privaten Neubauten Anreize und Vorgaben für den Einsatz Erneuerbarer Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung geben.

Daher muss bei der Erstellung von Bauleitplänen die Festsetzungen von Ausrichtung und Höhe von Gebäuden „solartauglich“ sein. Bei den Verwaltungsvorlagen für Bebauungspläne sollten stets Ausführungen über die Solartauglichkeit der Festsetzungen erfolgen - dies ist seit Jahren bekannt, findet in der Fläche jedoch längst nicht statt. Die Nutzung der Dächer der öffentlichen Gebäude für Solarthermie und Photovoltaik wird dadurch verbessert, dass die örtliche Verwaltung eine öffentlich einsehbare Liste über alle Dächer der städtischen Gebäude, die sich für Photovoltaik-Anlagen eignen, erstellt und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt.

Kommunale Verkehrspolitik ist Chance für Entwicklung!

Darüber hinaus helfen auch CO₂-Bilanzen, kommunale Klimaschutzkonzepte oder Klima- und Ressourcenhaushalte dabei, einen Überblick über den Klimazustand einer Kommune zu erhalten und daraus Maßnahmen abzuleiten. Zum Beispiel im Verkehrsbereich. Hier muss die **Förderung des ÖPNV, umweltfreundlichere Fahrzeuge bei den Verkehrsbetrieben und im städtischen Fuhrpark**, Verkehrsvermeidung und eine Stärkung des FußgängerInnen- und Radverkehrs im Vordergrund stehen. **Viele ländliche Kommunen wie Bünde, Ibbenbüren, Soest oder Meckenheim sind mittlerweile als „fahrradfreundliche Kommunen“ in NRW ausgezeichnet, ebenso wie große Städte wie Münster, Düsseldorf, Essen oder Bonn.** Wir wollen flächendeckend fahrradfreundliche Kommunen in ganz NRW!

In der Verkehrspolitik sind schon kleinere Maßnahmen Bausteine für Lebensqualität und Klimaschutz. So kann ein einzelner Kreisverkehr oder Zebrastreifen recht mager aussehen, für die AnwohnerInnen kann aber eine solche Maßnahme erhebliche Entlastungen bedeuten. Auch die Bürgerbusse können eine gute Ergänzung zum bestehenden ÖPNV-Angebot sein. Diese, von den Kommunen nur gering geförderten Kleinbusse, werden ehrenamtlich durch BürgerInnen gefahren. So kommt es zu CO₂-Einsparungen und vielen, gerade älteren BürgerInnen wird eine verbesserte Mobilität und damit verbesserte Lebensqualität gewährleistet. Sie dürfen aber nicht als Lückenbüßer für die von der Bundesregierung gekürzten Regionalisierungsmittel ausgenutzt werden.

Reduzierung von Schadstoffen

Ein zentrales Problem von Verkehrspolitik ist die Belastung durch Schadstoffe, wie bspw. die Feinstaubproblematik. Mit der **Umweltzone** ist den Kommunen zwar ein Mittel der Protektion gegeben, es bedarf aber weitaus mehr. So sollten Kommunen mittels planungsrechtlicher Instrumente stärker als bisher Flächen vor Versiegelung schützen. Einen wesentlichen Anteil an einer nachhaltigen Form kommunaler Verkehrspolitik wird künftig noch mehr als bisher der ÖPNV haben müssen.

Der ÖPNV – ein zentrales Mittel gegen den Klimawandel

Grüne Position war es immer und sollte es weiter sein, den ÖPNV weiter auszubauen. Gerade in NRW ist das Angebot noch nicht ausreichend. Gleichzeitig hat der ÖPNV das Potential steigenden Energiepreisen entgegen zu wirken. Aber auch der ÖPNV selber muss seinen Beitrag zum Schutz des Klimas leisten. Hier ist die Entscheidung der Stadt Nürnberg, Fahrzeuge mit alternativem Antrieb zu versehen, wegweisend. Ein weiterer Punkt liegt in der sozial-integrativen Funktion des ÖPNV. Er kann sozial benachteiligten Menschen Orte

erschließen. **Das Sozialticket muss daher weiter massiv gefördert werden**, langfristig sollte das Land dessen Finanzierung übernehmen.

Den ländlichen Raum ökologisch gestalten – Mobilität für Alle!

Ein strukturelles Problem bei der Entwicklung des ländlichen Raumes stellt der Überhang des individuellen Verkehrs dar. Hier liegt ein Schlüssel darin, die Gemeinden selbst vor dem motorisierten Verkehr zu schützen. Den Kommunen muss endlich ein stichhaltiges Mittel gegeben werden, der Belastung durch ausweichenden Schwerlastverkehr entgegenwirken zu können. Eine Chance in der verkehrlichen Entwicklung liegt im **alternativen Tourismus**. Radherbergen und ähnliche ökologische Projekte sollten durch Kreise und Kommunen stärker gefördert werden.

Ein mobiles Leben ohne Auto ist auf dem Land eine Herausforderung, die von einem oft lückenhaften Streckennetz, unattraktiven Tarifstrukturen und unflexiblen und schlecht abgestimmten Fahrzeiten mit langen Betriebspausen geprägt ist. Obwohl es in den letzten Jahren durch den Einsatz flexibler Taxibusse und am Wochenende fahrender Nachtbusse schon einige Verbesserungen in Sachen Erreichbarkeit entlegener Gegenden gab, ist die Situation noch bei weitem nicht befriedigend.

Kita der Zukunft: Bildung, Erziehung und Betreuung zusammenbringen!

Angebote in Tageseinrichtungen für Kinder müssen für alle Eltern und Kinder zugänglich sein. Dafür muss es ein bedarfsdeckendes Angebot für alle Altersgruppen geben. Dies kann nur durch einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Lebensjahr erreicht werden! Elternbeiträge müssen künftig abgeschafft werden, um alle Zugangshürden zu beseitigen. Aber nicht nur quantitativ besteht an vielen Stellen im Land noch Verbesserungsbedarf. Wir wollen eine **Qualitätsoffensive für die Kitas in NRW**, in deren Mittelpunkt die Förderung sozialen Lernens, gesunde Ernährung und Bewegung, Umweltbildung und Integration mit allen Facetten stehen. Kindertageseinrichtungen müssen finanziell und personell in die Lage versetzt werden, durch eine Qualitätsoffensive den Elementarbereich zur ersten Stufe in unserem Bildungssystem auszubauen.

Wir stellen an zukunftsfähige Kitas den Bildungsanspruch, aber wir wollen Kinderbetreuung nicht verschulen. Wir wollen Freude an Bildung vermitteln, den Grundstein für eine erfolgreiche Bildungsbiografie legen und Lust auf Lernen machen. Kinder zu stärken, in der Gemeinschaft zu lernen und sich Freiräume zur Entfaltung zu erkämpfen, ist der Auftrag zukunftsweisender Kindertageseinrichtungen.

Starke Kinder und starke Eltern!

Kinder stärken geht aber nicht ohne starke Eltern. Die Institutionen in Betreuung, Beratung und Hilfen müssen noch stärker zusammengebracht werden. Es gilt daher, die im Aufbau befindlichen Familienzentren besser zu fördern als die Landesregierung dies tut.

Kinderschutz vor Ort darf nicht unter Finanzierungsvorbehalt stehen. In vielen Jugendämtern besteht sowohl in personeller wie auch in fachlicher Hinsicht Verbesserungsbedarf. Präventive Angebote – also Beratung von und Hilfe für Eltern und Kinder – sind unerlässlicher Bestandteil eines wirksamen Schutzkonzepts. Voraussetzung dafür ist die **vertrauensvolle Zusammenarbeit von Jugendämtern, Kindertageseinrichtungen, Schulen, Trägern der Jugendhilfe und KinderärztInnen**. Wir

wollen diese Seite stärken, sind uns aber im Klaren darüber, dass dies nicht die einzige Säule ist. Früh greifende, aufsuchende Hilfen müssen die Prävention ergänzen. Die Stadt **Dormagen** zum Beispiel ist mit „NeFF“ – Netzwerk frühe Förderung – Modellstandort für frühe Förderung, Bekämpfung von Kinderarmut und soziale Frühwarnsysteme. Wir wollen ähnliche Initiativen für ganz NRW!

Längeres gemeinsames Lernen - bessere Chancen für Alle in unseren Schulen!

Gute Schulen werden vor Ort gemacht – und nicht im Düsseldorfer Schulministerium verordnet. Viele Kommunen haben sich in den vergangenen Jahren weit über ihre eigentlichen Aufgaben als Schulträger hinaus für ihre Schulen engagiert. Wir Grüne unterstützen die Kommunen in ihrer Forderung, kommunale Kompetenzen in der Schulpolitik auszuweiten, um auf diesem Weg eine engere Verzahnung von Schule, Jugendhilfe und sozialen Angeboten im Rahmen regionaler Bildungslandschaften zu ermöglichen. Regionale **Bildungsbüros wie in Herford oder Dortmund** können auch für andere Kommunen als Beispiel für eine gelungene Vernetzung der Angebote verschiedener Bildungsinstitutionen dienen.

Wir Grüne wollen Chancengleichheit und bessere Leistungen in unserem Bildungssystem erreichen. Die skandinavischen Länder machen uns vor, dass diese zwei Seiten einer Medaille sein können. Deshalb wollen wir das gegliederte Schulsystem überwinden und eine Schule für alle Kinder schaffen – hierbei schließen wir Kinder mit Behinderungen ausdrücklich mit ein. Auch in dieser Frage sind die Kommunen unsere Verbündeten. Aus pädagogischen Gründen, aber auch weil in vielen, vor allem ländlichen Kommunen aufgrund sinkender Schülerzahlen Schulschließungen drohen, wollen viele Kommunen die unterschiedlichen Bildungsgänge zusammenführen und Gemeinschaftsschulen gründen. Die Gemeinden **Horstmar und Schöppingen** sind mit ihrem Antrag auf Einrichtung einer **Gemeinschaftsschule** zum Flaggship einer kommunalen Bewegung für längeres gemeinsames Lernen geworden. Wir wollen alle Entwicklungen auf kommunaler Ebene unterstützen, die das längere gemeinsame Lernen aller Kinder zum Ziel haben.

Als grüne KommunalpolitikerInnen unterstützen wir die Initiativen von Eltern, Schulen und Kommunen zur **Neugründung von Gesamtschulen**. Viele Kommunen wie **Wuppertal** oder **Leverkusen** nehmen hier bereits die Auseinandersetzung mit der ideologisch verbohrtten Landesregierung auf.

Ein wichtiges Ziel grüner Kommunalpolitik ist der **Ausbau der Ganztagschulen**. Mehr Raum und Zeit für gemeinsames Lernen und Leben in der Schule tut Kindern gut und fördert vor allem auch Kindern, die zuhause wenig Unterstützung erfahren. Noch immer hapert es aber an der Verzahnung des Unterrichts am morgen mit den außerschulischen Angeboten am Nachmittag. Einzelne Schulen haben allerdings schon heute gebundene Ganztagszweige eingerichtet, in denen der Schulalltag neu gestaltet werden kann. In **Bonn** bekommen im Rahmen des Programms „**OGS plus**“ einzelne Grundschulen mit besonderen Problemlagen auf der Grundlage transparenter Kriterien zusätzliche Ressourcen von Seiten der Kommune. Es muss ein kommunalpolitisches Ziel sein, zukünftig auf die Elternbeiträge in der offenen Ganztagschule zu verzichten.

Jugend vor Ort braucht Öffentlichkeit und Mitsprache!

Die Grünen haben sich immer für mehr Beteiligung und Mitentscheidung in der kommunalen Politik durch Kinder und Jugendliche stark gemacht. Dies wird künftig noch drängender! Denn der Trend, Jugendliche aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen,

spielt sich in vielen Städten ab: In Köln sollen die SkaterInnen von der Domplatte vertrieben werden, in vielen ländlichen, kleineren Gemeinden wird auch das letzte Jugendzentrum geschlossen. Auch die **schleichende Privatisierung des öffentlichen Raums ist ein Problem**, denn wo Shoppingzentren, Privatgewerbe etc. entstehen, werden automatisch diejenigen ausgegrenzt, die sich eine Teilhabe schlicht nicht leisten können – und dies betrifft vor allem Jugendliche.

In den Kommunen wird auch die Nicht-Berücksichtigung der Interessen von Jugendlichen am ehesten sichtbar. Die Satzungen der öffentlichen Plätze zum Beispiel müssen die Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen stärker in den Blick nehmen, denn Öffentlichkeit bedeutet Gerechtigkeit.

Dies gilt auch für die Beteiligung von jungen Menschen an den Entscheidungen des kommunalen Lebens. **In Düsseldorf z.B. existiert der „Jugendrat“ als politische Vertretung der jungen Menschen** mit weit reichenden Kompetenzen, wie z.B. Antragsrecht im Stadtrat und seinen Ausschüssen. Wir Grüne wollen dies für ganz NRW! Jugendbeteiligung darf aber nicht zur Schein-Beteiligung verkommen. Wir wollen echte Mitsprache und Mitentscheidung, auch und vor allem bei der direkten Sozialraumplanung.

Die soziale Kommune

Für uns ist soziale Gerechtigkeit immer ein emanzipierendes Zukunftsprojekt. Wir machen keine defizitorientierte Politik, sondern wollen den Menschen ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und sie hierbei unterstützen. Es gilt, die heutigen Problemlagen nicht paternalistisch zu lösen, sondern gemeinsam mit den Menschen Lösungskonzepte zu entwickeln. Städte müssen für alle Menschen lebenswerter gestaltet werden. Ein gutes Beispiel für die Ermöglichung von Teilhabe ist der **„Kölnpass“ – das Kölner Sozialticket**, das einkommensschwächeren Menschen Mobilität und den Zugang zu kulturellen Einrichtungen ermöglicht. Partizipation muss auch in der Politik für Menschen mit Behinderung Vorrang haben. Ein weiteres positives Modell aus Köln ist die **Stadt-AG Behindertenpolitik**, die in allen relevanten Fragen in die politische Entscheidungsbildung mit einbezogen werden muss. Wir denken, dies kann Vorbild für alle Kommunen werden.

Wir wollen ein **Miteinander aller Generationen**. Viele ältere BürgerInnen engagieren sich ehrenamtlich, zum Beispiel in der Hausaufgabenbetreuung, Berufsberatung für SchülerInnen oder in Sportvereinen. Dieses Engagement ist unverzichtbar und wertvoll für eine solidarische Gemeinschaft. Wir Grüne wollen die Räume und Plätze, an denen Generationen sich begegnen, schaffen und ausbauen. Das gilt auch in der Wohnungspolitik. Wir setzen auf kreative Wohnformen und auf die bunte Durchmischung von Wohnvierteln. Wir wenden uns gegen den Trend der Gettoisierung. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass es mehr preiswerten Wohnraum gibt, mit hohen ökologischen Qualitätsstandards. Wir fordern auch, dass Kommunen sich für die Wohnsituation der StudentInnen und jungen Menschen allgemein einsetzen. Diese Aufgabe ist zwar primär Landesaufgabe, trotzdem sollten die Kommunen sich für diese Bevölkerungsgruppen ebenfalls verantwortlich fühlen.

Kulturelle Vielfalt in NRW anerkennen und stärken

Wir leben längst in einer multikulturellen Gesellschaft – dies ist sowohl eine Bereicherung als auch eine Herausforderung. Integrationspolitik vor Ort ist eine Schlüsselaufgabe für die Zukunft. Schon heute leben in NRW 4,13 Millionen Menschen, also 23 Prozent der Gesamtbevölkerung, die entweder selbst zugewandert sind, über eine ausländische

Staatsangehörigkeit verfügen oder bei denen zumindest ein Elternteil zugewandert ist.

Sprache und Bildung sind die Schlüssel zu Integration und Teilhabe. Deshalb müssen wir kommunale Angebote zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund schaffen. Die **RAA** (Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien) hat genau dies zu ihrer Aufgabe gemacht und wirkt in den drei Bereichen Elementarerziehung, Schule und beim Übergang von der Schule in den Beruf. Die RAA gibt es inzwischen an 27 Orten in NRW.

In vielen Städten und Gemeinden NRWs bestehen bereits **Ausländer- bzw. Integrationsbeiräte**. Zu kritisieren ist aber die derzeitige Form, denn die Integrationsbeiräte haben lediglich beratende Funktion, können de facto aber nichts entscheiden. An dieser Stelle müssen wir als Grüne zweigleisig fahren und abwägen: Wollen wir die Integrationsbeiräte weiter stärken oder auf Landesebene für ein Wahlrecht von Nicht-EU-BürgerInnen eintreten? Bis wir letzteres nicht geschafft haben, sind Integrationsbeiräte die beste Möglichkeit die Interessen von Zugewanderten ohne EU-Staatsangehörigkeit zu berücksichtigen. Doch auch die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und anderer Schlüsselinstitutionen, wie Polizei, Schulen, etc. sind ein wichtiger Aspekt in der kommunalen Integrationspolitik. Daneben spielt auch die interkulturelle Öffnung von Hilfeeinrichtung gegenüber den Bedürfnissen von Menschen mit Migrationshintergrund eine große Rolle. Zudem braucht es insbesondere in der Pflege Angebote, wie z.B. Altenwohnheime, die auf sprachliche Barrieren, kulturelle Gebräuche und religiöse Vorschriften aller Rücksicht nehmen.

Kultur für Alle!

Zwar hat die schwarz-gelbe Landesregierung die Landesmittel für Kultur in den letzten Jahren erhöht, dennoch geht es der Kultur heute in den meisten Städten und Gemeinden schlechter. Der Grund: Kulturpolitik ist primär eine Aufgabe der Kommunen, durch sie erfolgen mehr als drei Viertel der Kulturförderung in NRW. Doch sahen sich die Städte und Gemeinden in den letzten Jahren allorts dazu gezwungen, gerade bei der Kulturförderung als freiwilliger kommunaler Aufgabe massiv zu kürzen. Schließlich lässt das Land die Kommunen durch die wiederholte Verletzung des Konnexitätsprinzips systematisch finanziell ausbluten. Die Folge: Nur noch zwei Großstädte in NRW (Düsseldorf und Münster) sind noch HerrInnen im eigenen Haus(halt) und werden nicht von einem Sparkommissar des Landes regiert – die grundgesetzlich garantierte, kommunale Selbstverwaltung existiert in NRW faktisch fast nur noch auf dem Papier! Fazit: **Wer etwas für die Kultur in NRW tun will, muss zuallererst den Kommunen wieder den Spielraum geben, diese Aufgabe zu erledigen!**

Stattdessen will die Landesregierung aber nur einige wenige kulturelle Leuchttürme errichten. So empfiehlt das Kulturgutachten NRW beispielsweise die Gründung eines Staatstheaters, einer Staatsphilharmonie in einigen Ballungsräumen. Ganze Regionen werden dabei jedoch vergessen. Diese zentralistische, marketingorientierte und auf Repräsentationszwecke ausgerichtete Kulturpolitik lehnen wir ab. Kultur ist Lebensmittel und muss deshalb für alle BürgerInnen im ganzen Land zugänglich sein!

Grüne Kommunalpolitik legt deshalb ihren Schwerpunkt auf die **kulturelle Grundversorgung der Bevölkerung mit Büchereien, Musikschulen oder der Förderung der freien Szene**. Nur wenn die eigene künstlerische Betätigung der Menschen möglich ist, kann Kultur ihre positiven Effekte auf den Einzelnen und die Gemeinschaft entfalten: Bildung, Lebensinhalt jenseits des Materialismus, Emanzipation, Zusammenhalt, Urbanität und kreative Impulse für die Wissensgesellschaft. Dieser „kreative Nährboden“ ist in einer

lebendigen Demokratie auch die Grundlage für professionelle Angebote. Künstlerische Spitzenleistungen sollen ihm entwachsen und ihn anspornen. Ohne ihn hingegen werden die Menschen zu passiven, verständnislosen KonsumentInnen – zu StatistInnen des Sehen & Gesehenwerdens in der Staatsoper. Professionelle Kultur wie Stadttheater, Orchester, Film- und Musikfestivals etc. sind unverzichtbar und auf anspruchsvollem Niveau nur mit kommunalen Zuschüssen möglich. Das richtige Verhältnis zur kulturellen Grundversorgung muss jedoch gewahrt bleiben.

Wirtschaft fördern, Arbeitsmarkt stärken

Wir sprechen uns für aktive, intelligente Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik auf lokaler und regionaler Ebene aus. Wirtschaftsförderung ist nicht gleich zu setzen mit der Erschließung neuer Gewerbegebiete auf der grünen Wiese, sondern heißt für uns **Clusterpolitik für nachhaltige Wachstumsbereiche**. Wir fordern eine Ausweitung der guten Ansätze in der **Medienwirtschaft in der Rheinschiene und in der Informatik, der Gesundheitswirtschaft und den Erneuerbaren Energien im Ruhrgebiet und in Ostwestfalen-Lippe**. Die Förderung bedarf allerdings einer regelmäßigen Evaluierung auf tatsächliche, dauerhafte und erhebliche positive Arbeitsplatzeffekte. Hier bedarf es für bestimmte Branchen auch eine Infrastrukturunterstützung, wie der kostengünstige Zugang zu einer schnellen Breitbandinternetversorgung. Für eine effektive kommunale Arbeitsmarktpolitik brauchen wir ein einheitliches kommunales Beschäftigungsförderungskonzept. Hieran sollte sich unter anderem auch die städtische Auftragsvergabepraxis orientieren. Aufträge sollten gezielt an Unternehmen vergeben werden, die überdurchschnittlich bei der Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen oder Menschen mit Behinderung hervortreten.

AutorInnen.

Katharina Dröge, Kreisvorstand KV Köln | **Verena Schäffer**, Sprecherin Grüne Jugend NRW, KV Ennepe-Ruhr | **Malte Spitz**, Bundesvorstand, KV Münster | **Sven Lehmann**, Landesvorstand, KV Köln | **Ingmar Wichert**, Sachkundiger Bürger & Ortsvorstand Witten, KV Ennepe-Ruhr | **Matthi Bolte**, Mitglied des Rates der Stadt Bielefeld, KV Bielfeld | **Christian Michalak**, stv. Bezirksbürgermeister Bochum-Mitte, KV Bochum | **Börje Wichert**, Sprecher Bezirksverband Ruhr, KV Ennepe-Ruhr | **Wibke Brems**, Landesvorstand, Ratsfrau Gütersloh, KV Gütersloh | **Moritz Hegemann**, Mitglied des Rates der Stadt Nottuln, KV Coesfeld | **Tim Rohleder**, Mitglied des Rates der Stadt Münster, KV Münster | **Maik Babenhauserheide**, KV Herford | **Marcel Raschke**, Sprecher Bezirksverband OWL, KV Bielefeld | **Katja Dörner**, Landesvorstand, KV Bonn | **Kai Gehring** MdB, KV Essen.

UnterstützerInnen.

Clara Deilmann, Mitglied des Rates der Stadt Düsseldorf, KV Düsseldorf | **Anna Caelers**, Sprecherin KV Bonn | **Christian Gaumitz**, Mitglied des Rates der Stadt Kaarst, KV Neuss | **Susann Ulbricht**, Mitglied des Rates der Stadt Duisburg, KV Duisburg | **Janosch Dahmen**, Sprecher KV Ennepe-Ruhr | **Mike Brüggemann**, Sprecher Grüne Jugend Wuppertal, KV Wuppertal | **Verena Gabriel**, KV Dortmund | **Lino Hammer**, Sprecher Grüne Jugend Köln, KV Köln | **Raoul Roßbach**, Kreisvorstand KV Herne | **Pascal Krüger**, Kreisvorstand KV Herne | **Mareike Grigo**, Sprecherin KV Mettmann | **Mona Neubaur**, Sprecherin KV Düsseldorf | **Arvid Bell**, Mitglied des Rates der Stadt Euskirchen, KV Euskirchen | **Martin-Sebastian Abel**, Sprecher LAG Kultur, KV Düsseldorf | **Mareike Lieber**, KV Köln | **Max Löffler**, Sprecher Grüne Jugend NRW, KV Köln | **Merfin Demir**, KV Mettmann | **Dagmar Hanses**, Sprecherin KV Soest.